

Faszinierend war diese Berliner Universität von ihrer Gründung an und mit großen Namen verbunden, mit Namen, die die Idee von Wissenschaft und Universität überhaupt geprägt haben. Sie war und ist „deutsch“ und international zugleich und hat ihre hohe symbolische Bedeutung auf der ganzen Welt bis heute behalten. Auch in und vielleicht sogar mit den Tiefen einer Politik des Dritten Reiches und der Deutschen Demokratischen Republik.

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands stellte sich neben den fundamentalen politischen und wirtschaftlichen Problemen auch die Aufgabe, die Institutionen von Wissenschaft und Forschung in West und Ost in einheitlichen Formen zusammenzubringen. Maßgeblich waren dabei allein die geltenden Gesetze des Bundes und der Länder sowie die im Westen entwickelten wissenschaftspolitischen Maßstäbe dafür, wie Universitäten und Forschungseinrichtungen zu organisieren waren. Die Formen der Übernahme waren zwischen den Ländern jedoch sehr verschieden.

Berlin hatte zwar eine hohe symbolische Bedeutung im Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands, Machtzentrum war aber das rheinisch gestimmte Bonn, allenfalls noch einige Hauptstädte der Länder. Gleichwohl hatte Eberhard Diepgens leicht euphemistisches Bild von Berlin als „Werkstatt der deutschen Einheit“ seine Berechtigung, weil nur hier ein Land entstand, das aus politisch und strukturell sehr verschiedenen Systemen

unmittelbar zusammenzufügen war. Und die Humboldt-Universität zu Berlin bildete erneut einen einzigartigen Maßstab, dieses Mal für die Erneuerung einer Universität des Ostens auf einer westlichen Rechtsgrundlage, bei laufendem Betrieb und durch eine erfahrene westliche Wissenschaftsverwaltung. Diese ersten Jahre nach der Wende prägten alle, die unmittelbar beteiligt waren und Verantwortung in Staat, Politik und Universität trugen.

Die Wache im Foyer und eine Hintertür

Wenn man im Wintersemester 1965/66, mit einem Tagesvisum versehen, in die Humboldt-Universität wollte, dann nur über die Hintertür. Im Foyer saß eine „Wache“, die nur Mitglieder der Universität einließ und keine Weststudenten ohne Genehmigung. Gottfried Stiehler hielt dogmatisch marxistische Vorlesungen über Georg Wilhelm Friedrich Hegels *Phänomenologie des Geistes*. Mein naiver Versuch, mit ihm zu sprechen, scheiterte abrupt, nachdem klar war, woher ich kam. Das habe ich dann auch verstanden und auch, warum es eine Freie Universität gab. Trotz allem war dieser geschichtsträchtige Ort „Unter den Linden“ mit dem stillos-scheußlichen roten Marmor im Foyer und dem gefälschten Marx-Zitat im Treppenaufgang faszinierend. Auch ein Gottfried Stiehler konnte das Dreieck von Humboldts Berliner Universität, Hegels Wohnhaus am Kupfergraben 4 und den Gräbern von Fichte und Hegel auf dem Dorotheenstädter Friedhof nicht

verderben. So etwas hatte die Freie Universität nicht, dafür aber gesprächsbe-reite Professoren. Zur Faszination der Humboldt-Universität gehörte jedoch auch das beklemmende und entwürdigende „Grenzregime“ des Bahnhofs Friedrichstraße.

Berufungspolitik.

Und: Die Pädagogen!

Die Berufungspolitik von Universität und Staat entscheidet über die Qualität von Forschung und Lehre. Das Recht der personellen Selbstergänzung ist deshalb ein hohes Gut der Universitäten. An ihm entscheidet sich wesentlich, wie Universitäten mit ihrer Autonomie umgehen. Die Ernennung von Professoren wie auch aller anderen wissenschaftlichen Mitarbeiter an der Humboldt-Universität zu Berlin vor der Wende wurde maßgeblich durch die SED bestimmt und nicht im Rahmen autonomer Entscheidungen der Universität. Das galt in besonderem Maße für die Humboldt-Universität als „Staatsuniversität“ der DDR. „Staatsuniversität“ ist sie übrigens unter ganz anderen Bedingungen auch heute.

Sollte ein Neuanfang erfolgreich sein, musste er über die Berufungen von wissenschaftlich hervorragenden Professoren erfolgen. Alle zu besetzenden Professuren wurden deshalb öffentlich ausgeschrieben, und auch die damaligen Stelleninhaber aus der Zeit vor der Wende mussten sich auf ihre eigenen Stellen bewerben. Für die Abwicklung und den Wiederaufbau der systemnahen Sektionen der Humboldt-Universität wie jene der Juristen, Philosophen, Historiker, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler und eben auch der Pädagogen wurden Struktur- und Berufungskommissionen gebildet, denen überwiegend Mitglieder der Humboldt-Universität angehörten, aber ebenso Westprofessoren, von denen für Berufungen mindestens einer gewonnen werden musste, um die erforderliche

Professoren-Mehrheit zu gewährleisten. KampfAbstimmungen gab es allerdings selten. Das gewählte Verfahren hätte interne „kollegiale“ Absprachen in Fakultäten, wie es sie im Westen nicht selten gab, zumindest schwieriger gemacht – und damit einen Paradigmenwechsel an einer entscheidenden Stelle auch für den Westen bewirken können. Ein Teil der Professoren an der Humboldt-Universität aus der Zeit vor der Wende, etwa vierzig Prozent, wurde dann in einem allgemein anerkannten Verfahren berufen.

Der aus der Freien Universität laut werdende Ruf, man wolle in toto wieder in die Humboldt-Universität zurück, wurde abgewehrt. Grund war auch, dass die Qualität der Freien Universität unter den Universitäten Deutschlands nicht unumstritten war. Dies hatte seinen Grund auch in pauschalen Überleitungen des Akademischen Mittelbaus auf Professorenstellen. Das führte zu vorwurfsvollen Sätzen wie „Abbruch West für Aufbau Ost“. Versuche – auch aus dem Bundeskanzleramt –, personalpolitischen Einfluss zu nehmen, scheiterten. Ebenso hatten durchaus berlinübliche Eins-links-/Eins-rechts-Strickmuster und Hausberufungen, die ein stabiles und ungestörtes akademisches Mittelmaß garantiert hätten, keinen Erfolg.

Die Struktur- und Berufungskommissionen für die Abwicklung und den Wiederaufbau der systemnahen Sektionen trafen auf einen ausgebauten, unbefristet beschäftigten lehrenden Mittelbau. Fast alle Professoren der Sektion Pädagogik waren verschwunden, nicht zuletzt weil in Verbindung mit einer Berufung die Gauck-Behörde eingeschaltet wurde. Innerhalb der Sektionen wusste man im Übrigen genau, wer dem Ministerium für Staatssicherheit nahestand und wer überwiegend aus politischen Gründen anwesend war. Vom damaligen Rektor Heinrich Fink gab es kluge Unterstützung: Er ließ die Struktur- und Berufungskommissionen

sionen weiterarbeiten, obwohl der Abwicklung der systemnahen Bereiche die Rechtsgrundlage entzogen war. Im Übrigen mochte er die Pädagogen gar nicht. Margot Honeckers mächtiger politischer Einfluss mag einer der Gründe gewesen sein. Fink musste dann wegen zweier leerer MfS-Aktendeckel als IM „Heiner“ gehen. Erst später kehrten die Gerichte die Beweislast um, eine Mitgliedschaft reichte nicht, es musste ein schädigendes Verhalten nachgewiesen werden.

Vor einer Berufung durch den Senator wurde in jedem Fall eine Stellungnahme der Gauck-Behörde eingeholt. Tätigkeiten als Informeller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR und hauptberufliche Tätigkeiten in Kreisparteileitungen oder Gewerkschaftsleitungen führten dazu, Berufungsvorschläge der Universität abzulehnen. Die nicht bereinigten Akten des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen der DDR sowie des SED-Parteiarchivs wurden hinzugezogen. Mitgliedschaften in der SED waren ohne Bedeutung. Es gab allerdings schwer zu entscheidende Fälle, in denen die „Täterakte“ des MfS ebenso dick war wie die „Opferakte“ des MfS und handschriftliche Lebensläufe von Bewerbern, in denen Tätigkeiten hinzugezeichnet waren, die vor der Wende von Vorteil waren, aber nun eben ganz und gar nicht mehr.

In jedem Fall sollten die aus politischen Gründen berufenen Professoren der Universität nicht noch einmal an den Personen „vorbeiziehen“, die aus politischen Gründen keine Chance auf eine Professur hatten. Die Erfahrungen mit NS-belasteten Professoren aus der Nachkriegszeit sollten sich nicht wiederholen!

In einem Kellerraum der Humboldt-Universität fanden sich Stapel von Akten zu Relegationen von Studierenden. Handschriftliche Protokolle über Gespräche, in denen politisch missliebige Bemerkungen aus Privatgesprächen fest-

gehalten waren, bis hin zu der Frage, wer wen mit auf sein Zimmer ins Wohnheim mitgenommen hatte. Und das mit bekannten Unterschriften. Auch das gehört zur Geschichte dieser Universität.

Neuberufungen und keine Telefone

Das Verfahren, das für die Berufungen an die Humboldt-Universität gewählt wurde, hätte – allgemeinverbindlich eingeführt – dazu dienen können, die Qualität von Berufungen in Westdeutschland zu sichern. Aber dazu waren die Fakultäten der klassischen Universitäten zu stark, Blicke von außen in die internen Geschäfte unerwünscht. An der Humboldt-Universität gelangen jedenfalls hervorragende Berufungen. Diese riefen nicht nur den Neid der ostdeutschen Universitäten hervor, die nicht derart rigide sämtliche Stellen neu ausschrieben, sondern auch jenen der Universitäten des Westens. Die politische Situation eröffnete die in Deutschland einmalige Chance, den gesamten Lehrkörper einer Universität in wenigen Jahren nach hohen wissenschaftlichen Maßstäben neu berufen zu können. Viele an den Universitäten des Westens in Wissenschaft und Forschung außerordentlich erfolgreiche Professoren kamen an die Humboldt-Universität, um sich an diesem exponierten Ort – Unter den Linden 6 – den Herausforderungen eines Neuanfangs zu stellen. Ihr Engagement war ungeheuer und ging weit über das übliche Maß hinaus. Und es gab wirklich nichts, um das sich die Neuberufenen nicht hätten kümmern müssen – Räume, Telefone, Bücher und Papier. Die komplexe Situation eines Neubeginns prägte die Universität in den ersten Jahren und stellte den historischen Maßstab, der eine Berufung an die Berliner Universität zum Höhepunkt jeder akademischen Karriere machte, wieder her. Plötzlich waren exzellente Wissenschaftler an einem Ort versammelt, die sonst nie in ihrem Leben unmittelbar hätten zusammenarbeiten können. Die Freie Universität sah sich

plötzlich einer starken und ungewohnten Konkurrenz ausgesetzt – wie man heute sieht, sehr zu ihrem Vorteil.

Für beide Teile der Stadt hatte schon vorher gegolten: Sie waren außergewöhnlich gut ausgestattet. Das alternde Berlin-West als „Pfahl im Fleische des Kommunismus“ mit Geld, Studierenden und öffentlichem Dienst, Berlin-Ost als Hauptstadt der DDR und internationales Vorzeigebjekt.

Gelungenes und Verfehltes

Seit Neuestem gehört auch die Humboldt-Universität in den Kreis der erlauchten Exzellenz-Universitäten. Und man kann der Meinung sein, dass sie das früher eher verdient hätte als heute. Gegenüber der Aufbruchstimmung nach der Wiedervereinigung hat sie die Normalität deutscher Universitäten eingeholt – auch „Unter den Linden 6“ ist strukturell unterfinanziert, überlastet und von den üblichen internen Auseinandersetzungen geprägt. Und sowohl die wiederberufenen Humboldt-Professoren als auch die Neuberufenen aus dem Westen sind inzwischen emeritiert. Spricht man mit ihnen, kommen sie ins Schwärmen über die Herausforderungen des Anfangs. Eine Dynamik übrigens, für die sich im Westen kaum jemand interessierte und deren Problematik Menschen in Heidelberg zum Beispiel nicht oder nur selten zu vermitteln war. Es schien deshalb, als ob der gesamte Komplex an offenen Fragen und zu lösenden Problemen nur über eine unmittelbare Teilhabe an Stimmungen, gelungenen Schritten und auch Scheitern sowie enttäuschten Erwartungen erfahrbar war. Im Westen konzentrierten sich die Fragen vor allem auf den Solidaritätsbeitrag, das MfS, die Treuhandanstalt und die Möglichkeit, im Osten Geschäfte zu machen.

Die gemeinsame deutsche Sprache verdeckte dabei mehr, als sie offenbarte. Grundlegende Differenzen zwischen West und Ost spürte man eher durch die

Sprache hindurch, als sie im Gespräch festhalten zu können. „Das ZK der SED orientiert seine Mitglieder auf die Beschlüsse des 10. Parteitags.“ Orientiert werden auf? Die Berufungsvorträge von Pädagogen der DDR waren mit dieser Begrifflichkeit angefüllt. Das gab es im Sprachgebrauch des Westens nicht, nur „sich orientieren“. Eine Anfrage bei den Dudenredaktionen in Leipzig und Mannheim ergab, dass „orientieren auf“ eine Lehnübertragung aus dem russischen „orientirovat’ ne...“ in den 1950er-Jahren ist, die über die offizielle politische Sprache Eingang in die Umgangssprache der DDR gefunden hatte. Im heutigen Duden steht dann: „orientieren auf (regional)“. Mit der „Region“ sind die Gebiete der ehemaligen DDR gemeint.

„Wahrnehmungen. Befindlichkeiten in Ost und West“ – so hieß ein Symposium, das 1993 in der Senatsverwaltung und der Humboldt-Universität stattfand. Teilnehmer waren Angela Merkel, Lothar Späth, der Bezirksbürgermeister von Friedrichshain, Helios Mendiburu, Markus Meckel, Herr Adam von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, die Humboldt-Professoren Joachim Sauer, Heinrich August Winkler, Heinz-Elmar Tenorth. Das war ein lebendiges Gespräch vor fast zwanzig Jahren. Es veranlasst heute zu einem inneren Blick auf das Gelungene und auch das Verfehlte. Aber den sollte jeder selbst auf sich nehmen von denen, die zu dieser Zeit Verantwortung trugen. Die Humboldt-Universität zu Berlin jedenfalls hat ihre Faszination erhalten können, auch als eine Universität unter anderen. Sie ist seit ihrer Gründung ein lebendiges Symbol für die Einheit von Forschung und Lehre an einer Universität und für die Teilhabe der Studierenden am Forschungsprozess. Ihre Ausstrahlungskraft auf die Gestaltung von Universitäten in anderen Staaten dieser Welt ist ungebrochen. Und es sieht ganz danach aus, als könnte das auch so bleiben.